



**Migrantenbeirat
Landeshauptstadt
Potsdam**

Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Straße 79-81
14469 Potsdam
Tel 0331 289 33 46 / Fax 0331 289 84 33 46
Migrantenbeirat@rathaus.potsdam.de

Potsdam, 25. März 2020

Gemeinsame Pressemitteilung des Migrantenbeirates und des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt der Landeshauptstadt Potsdam und des Flüchtlingspfarrers des Ev. Kirchenkreises Potsdam

Sofortige Aufnahme von unbegleiteten Kindern aus griechischen Flüchtlingslagern!

Hilfsbereitschaft und Solidarität in Potsdam!

Während der rasanten Ausbreitung des Coronavirus gibt es in Deutschland eine öffentliche Gesundheitsfürsorge, Sicherheitsregelungen und die Möglichkeit, diese einzuhalten.

Die Europäische Kommission kümmert sich. Die Staaten der Europäischen Union helfen sich gegenseitig in diesen schweren Zeiten.

In Deutschland handeln sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierungen souverän und mit höchstem Einsatz im Sinne des Schutzes und der Gesundheit aller Einwohner*innen. In einem bisher nicht vorstellbaren Umfang werden umfassende Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt und wirtschaftliche Hilfestellungen geleistet. Es werden Krisenstäbe organisiert und unkonventionelle und ressourcenaufwändige Lösungskonzepte verwirklicht. Dafür gilt der Regierung unser Dank.

Bei aller Dankbarkeit wenden wir den Blick nicht von denen ab, die keine solche Hilfe und Schutz erfahren können. Wir alle sind Zeugen einer humanitären Katastrophe, die sich am südöstlichen Teil der Europäischen Union, an der Grenze zur Türkei und auf den griechischen Inseln abspielt. Dort sind Zehntausende geflüchtete Menschen in überfüllten Flüchtlingslagern gestrandet – darunter viele schwer traumatisierte Kinder und Jugendliche ohne Begleitung von Erwachsenen, ohne jede Unterstützung. Auch Alte, Kranke und andere Schutzbedürftige leben in Zuständen, die psychisch wie physisch unzumutbar und unerträglich sind. Unter dem Einfluss des Coronavirus sind diese Zustände lebensbedrohlich.

Die deutschlandweite Hilfsbereitschaft von Städten, Gemeinden und Bundesländern für die Aufnahme von schutzbedürftigen Geflüchteten ist der Bundesregierung und dem Bundesrat bekannt. Die „Seebrücke“ und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen, die Evangelische Kirche in Deutschland, das Netzwerk „Städte Sichere Häfen“ unter der Koordinierung der Landeshauptstadt Potsdam kommunizieren stetig und deutlich dieses Anliegen.

Der Koalitionsausschuss hat am 8. März 2020 beschlossen, „Griechenland bei der schwierigen humanitären Lage durch die Übernahme von etwa 1000 bis 1500 Kindern von den griechischen Inseln zu helfen. Es handelt sich dabei um Kinder, die entweder wegen einer schweren Erkrankung dringend behandlungsbedürftig oder aber unbegleitet und jünger als 14 Jahre alt sind, die meisten davon Mädchen. Auf europäischer Ebene wird in diesen Tagen über eine humanitäre Lösung verhandelt, um in einer `Koalition der Willigen´ die Aufnahme dieser Kinder zu organisieren. In diesem Rahmen steht Deutschland bereit, einen angemessenen Anteil zu übernehmen.“

In dieser Situation melden wir uns zu Wort und fordern die Landes- und Bundesregierung auf:
HANDELN SIE JETZT!

- „Wir dürfen nicht länger auf die Abstimmung in der EU warten. Die versprochene Hilfe für schutzbedürftige Geflüchtete muss sofort starten. Dazu gehören auch Alte und Kranke. Die Potsdamer Zivilgesellschaft ist bereit, aktive Unterstützung bei der Aufnahme zu leisten“, sagt Flüchtlingspfarrer Bernhard Fricke.
- „Wir sind verantwortlich für das schutzbedürftige Leben. Hier in Deutschland genauso wie anderswo“, so die Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth.
- „Die Bundeskanzlerin hat in Ihrer Ansprache deutliche Worte formuliert: `Niemand ist verzichtbar. Alle zählen, es braucht unser aller Anstrengung.´ Dieser Aufruf zum solidarischen Handeln und somit zur Lebensrettung darf nicht an politischen Grenzen halt machen – genauso wenig, wie die Menschlichkeit nicht an ethnischen, religiösen oder kulturellen Grenzen halt machen darf“, betont Maria Pohle, Vorsitzende des Migrantenbeirates.
- „Wir fordern die Landesregierung Brandenburgs auf, die Aufnahme der Geflüchteten aus Griechenland mit einem Landesaufnahmeprogramm aktiv zu unterstützen“, sagt die Integrationsbeauftragte Magdolna Grasnick.
- „Die UN-Kinderrechtskonvention, der sich Deutschland seit beinahe 30 Jahren verpflichtet hat, fordert es im Artikel 22 ganz eindeutig, Flüchtlingskindern muss angemessener Schutz und humanitäre Hilfe gewährt werden. Die Vertretung der Rechte dieser Kinder ist unsere Pflicht als Vertragsstaat der Konvention und verlangt umgehend ein Handeln.“ Ergänzt die Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen, Stefanie Buhr.

Gemeinsam unterstützen wir die Initiative des Potsdamer Oberbürgermeisters Mike Schubert und der „Städtekoalition Sichere Häfen“ und **fordern die Bundesregierung zum sofortigen Handeln auf.**

Bernhard Fricke, Flüchtlingspfarrer des Evangelischen Kirchenkreises Potsdam

Maria Pohle, Vorsitzende des Migrantenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam

Magdolna Grasnick, Beauftragte für Migration und Integration der Landeshauptstadt Potsdam

Stefanie Buhr, Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen der Landeshauptstadt Potsdam

Martina Trauth, Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam